

## Antrag

**der Abgeordneten Carolin Bachmann, Marc Bernhard, Roger Beckamp, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Kommunen bei Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern am Ende – Fehlanreize durch seriellen Wohnungsbau stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beantragten im Jahr 2022 deutschlandweit so viele Menschen Asyl wie seit 2016 nicht mehr: Über 217.700 Menschen kamen nach Deutschland, knapp 47 Prozent mehr als 2021.<sup>1</sup> Zusätzlich reisten rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ohne Asylantrag ins Land ein. Das Statistische Bundesamt verzeichnete am 19. Januar 2023 für das Jahr 2022 die höchste Zuwanderung (1,42 bis 1,45 Mio.) seit der Aufzeichnung im Jahr 1950.<sup>2</sup>

Die Lasten haben vor allem Länder und Kommunen zu tragen. Der Druck durch Brandbriefe von Landräten und Bürgermeistern<sup>3</sup> führte schließlich zum Flüchtlingsgipfel am 16. Februar 2023. Dieser brachte jedoch keine Lösung der Probleme: die Klärung über die Verteilung der finanziellen Lasten wurde vertagt. Stattdessen sollen laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser Flächen bereitgestellt werden, auf denen in serieller Fertigung Wohnungen entstehen.<sup>4</sup>

Entsprechend deutlich fiel die Kritik der Vertreter von Ländern und Kommunen aus, wie beispielsweise von Reinhard Sager, dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages. Er zeigte sich enttäuscht über die fehlende zusätzliche finanzielle Unterstützung des Bundes und forderte eine größere Entlastung für die Kommunen ein. Die Belastungen der Kommunen seien noch höher als in den Jahren 2015/2016 und stiegen von Woche zu Woche.

Zugleich wies er auf die Verantwortung des Bundes hin und sprach von einer „Kehrtwende in der Migrationspolitik“. Handlungsbedarf sehe er beim Schutz der EU-Au-

---

<sup>1</sup> <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2023/230111-asylgeschaeftsstatistik-dezember-und-gesamtjahr-2022.html>

<sup>2</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23\\_026\\_124.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_026_124.html)

<sup>3</sup> vgl.: [https://rp-online.de/nrw/staedte/korschenbroich/korschenbroich-reaktionen-nach-dem-brandbrief-anden-bundeskanzler\\_aid-85821523](https://rp-online.de/nrw/staedte/korschenbroich/korschenbroich-reaktionen-nach-dem-brandbrief-anden-bundeskanzler_aid-85821523)

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fluechtlingsgipfel-faeser-107.html>

ßengrenzen, bei der Drosselung unregulierter und unerlaubter Einreisen nach Deutschland sowie der Ausweisung derjenigen Personen, die nachweisbar ausreisepflichtig sind.<sup>5</sup>

Bundesbauministerin Klara Geywitz äußerte sich bereits am 28. Januar 2023 zu dem Thema. Ihres Erachtens macht die massive Zuwanderung durch Flüchtlinge einen Wohnungsbedarf von bis zu 600.000 Wohnungen pro Jahr erforderlich.<sup>6</sup> Entsprechend der Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Kommunen durch den seriellen Wohnungsbau zu entlasten, forciert Bundesbauministerin Klara Geywitz die serielle Fertigung. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen verkündete am 13. März 2023 ein europaweites Ausschreibungsverfahren für serielles und modulares Bauen. Laut Bundesbauministerin „lässt sich diese Bauweise deutlich schneller auf die Straße bringen als individuell geplante Häuser.“<sup>7</sup>

Durch die Förderung des seriellen Bauens bleiben jedoch sowohl das Problem der fehlenden, teuren Grundstückflächen als auch das Problem der kostenintensiven Baustandards ungelöst. Vor allem sehen die Antragsteller in der Förderung des seriellen Bauens zur Lösung der Flüchtlingskrise einen schweren Fehlanreiz, der die Kommunen langfristig finanziell noch stärker belasten wird. Denn die Kosten der Flüchtlingspolitik enden nicht bei der Unterbringung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

von der Forcierung des seriellen Wohnungsbaus oder der Forderung nach Übergangs- oder Vereinfachungsregelungen im Baugesetzbuch als Scheinlösungen der Flüchtlingskrise abzusehen und stattdessen einen Kurswechsel durchzuführen, hin zu einer Migrationspolitik im Sinne des Artikels 16a des Grundgesetzes, im Interesse des Landes und seiner Bürger.

Berlin, den 21. März 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

<sup>5</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-fluechtlingsgipfel-kommunen-faeser-100.html>

<sup>6</sup> <https://www.merkur.de/wirtschaft/klara-geywitz-index-mieten-mietpreis-bremse-offen-wohnungsbau-deutschland-zr-92053380.html>

<sup>7</sup> <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2023/03/serielles-bauen.html>

## Begründung

### I. Massive Kritik an Migrationspolitik des Bundes und Flüchtlingsgipfel aus Kommunen

Mit seiner Kritik am Flüchtlingsgipfel steht Reinhard Sagers nicht allein. Auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages nahm am Gipfeltreffen teil. Er verließ die Pressekonferenz und sprach von „Heuchelei“.<sup>8</sup> Die Kritik an der Flüchtlingskrise kommt jedoch nicht nur von den Gipfelteilnehmern, sondern dauert schon länger an, verteilt sich über ganz Deutschland und geht von zahlreichen Funktionsträgern und Parteien aus: Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, klagte am 18. Januar 2023: „Die Städte und Gemeinden sind längst an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit.“ Zugleich rechne er damit, dass die Zahlen nicht sinken, sondern zunehmen würden. Insbesondere die finanzielle Handlungsfähigkeit von Städten und Kommunen sieht er gefährdet: „Bekommen wir eine Rezession, was zum Beispiel die Wirtschaftsweisen glauben, dann wird das zu drastischen Einnahmeverlusten der Kommunen führen, vor allem, weil unsere wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, sehr konjunkturabhängig ist. Zugleich werden die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Kommunen nicht weniger – ich spreche von Schulen, Kitas und digitalen Bürgerdiensten. Zudem leiden die Städte und Gemeinden selbst als große Energieverbraucher unter den höheren Preisen für Wärme und Strom und als Investoren unter gestiegenen Baupreisen.“<sup>9</sup>

Ein Landrat, zwölf Bürgermeister und die Kreistagschefs des Main-Taunus-Kreises schrieben am 18. Januar 2023 einen Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz, darunter auch Alexander Immisch (SPD), Bürgermeister aus der Heimatgemeinde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Darin beschreiben die Unterzeichner die Hilfen durch Bund und Land bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge als „Teilaspekt“. Die Lage am Wohnungsmarkt verschärfe sich durch die anwachsenden Fluchtbewegungen weiterhin zulasten ansässiger Familien. Doch nach der Unterbringung fange die Arbeit erst an: „Wir, d. h. staatliche Einrichtungen auf kommunaler Ebene und unzählige ehrenamtlich Tätiger vor Ort, stellen Betreuung, Schulplätze und Integrationskurse zur Verfügung, aber auch hier kommen die Möglichkeiten an ihre Grenzen. Mittlerweile haben wir alleine 2.597 Minderjährige bei uns aufgenommen.“<sup>10</sup>

Bereits im November letzten Jahres adressierte Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges (CDU) einen Brief an Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Darin schreibt sie: „Angesichts der nach wie vor rapide ansteigenden Zahl von Schutzsuchenden sehen wir uns als Land – und insbesondere unsere Kommunen – aktuell und künftig mit einer ungeheuren Belastungssituation konfrontiert.“ Und weiter: „Alle Ebenen unserer Aufnahme- und Ausländerverwaltung stehen am Rande ihrer Leistungsgrenzen.“<sup>11</sup>

Der parteilose Landrat Bastian Rosenau aus dem badischen Enzkreis und der Vertreter von 28 Kreis-Bürgermeistern, Michael Schmidt (parteilos), schrieben im Oktober letzten Jahres unter anderem an Bundeskanzler Olaf Scholz und den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann. Städte und Gemeinden hätten keine weiteren Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen: „Wir möchten es daher deutlich betonen: Es kann so nicht weitergehen.“<sup>12</sup>

Der Landrat Jens Marco Scherf (Grüne) aus dem Landkreis Miltenberg in Bayern schrieb Anfang Januar 2023 einen Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz. Auch er beklagt: „Wir sind am Ende der Leistungsfähigkeit, es geht nicht mehr! [...] Bund und Länder tun momentan nichts, was bei uns ankommt.“ Er sorgt sich vor allem wie lange die Versorgung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge noch gewährleistet werden kann: „Wir haben eine angespannte ärztliche Versorgungslage. Die Kindergartenplätze sind knapp. Die Schulen sind extrem belastet. Und für die Unterbringung möchte ich keine Turn- oder Gemeindehallen schließen.“<sup>13</sup>

<sup>8</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsgipfel-von-bund-laendern-und-kommunen-ratlos-in-berlin-a-b84368e1-e28c-42ac-80cc-2eeabf949fa9>

<sup>9</sup> <https://www.dstgb.de/themen/asyl-und-fluechtlinge/aktuelles/staedte-sind-laengst-an-der-grenze-ihrer-aufnahmefaeihigkeit/>

<sup>10</sup> <https://deutschlandkurier.de/2023/01/buergermeister-und-landraete-schicken-brandbrief-an-scholz-begrenzen-sie-den-zustrom-an-fluechtlingen/>

<sup>11</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242284465/Ungeheure-Belastung-Brief-an-Faeser-Fluechtlingsituation-spitzt-sich-laut-Baden-Wuerttemberg-zu.html>

<sup>12</sup> <https://bnn.de/pforzheim/enzkreis/nicht-mehr-zu-bewaeltigen-enzkreis-schlaegt-alarm-mit-brief-an-scholz-und-kretschmann>

<sup>13</sup> [https://www.focus.de/politik/deutschland/er-schlaegt-migrations-alarm-gruenen-landrat-schreibt-brandbrief-an-scholz-es-geht-nicht-mehr\\_id\\_187775016.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/er-schlaegt-migrations-alarm-gruenen-landrat-schreibt-brandbrief-an-scholz-es-geht-nicht-mehr_id_187775016.html)

Bezeichnend für die Verworrenheit der Situation ist die Tatsache, dass Vertreter der Kommunen migrationspolitische Forderungen an den Bund richten. Sie spielen damit den Ball an die Bundesregierung zurück, welche die Kommunen ihrerseits vor vollendete Tatsachen setzt. Das Resultat ist ein „gewisses Zuständigkeitsbingo“, wie es Dr. Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds treffend bezeichnet hat.<sup>14</sup>

Denselben Sachverhalt beschreiben Reinhard Sager und der Ministerpräsident von Hessen, Boris Rhein. Sager: „Wir haben auf der kommunalen Ebene keine Möglichkeit zu entscheiden wie viele Menschen nach Deutschland kommen, wie viele unterzubringen sind und wie viele versorgt werden müssen. Das ist Bundesangelegenheit. Da sind wir diejenigen, die vor Ort die Arbeit machen müssen.“ Daher forderte er auch ein Gespräch mit dem Bundeskanzler in dieser Sache: „Wir brauchen die komplette Kompetenz in der koordinierten Unterstützung für die kommunalen Spitzenverbände.“<sup>15</sup>

Nach dem Verständnis von Boris Rhein richten sich die kommunalen Vertreter an die Bundesregierung, weil „die Bundesregierung den Schlüssel für die Steuerung der Migration und auch für die Begrenzung der Zuwanderung in der Hand hält, aber ihn nicht betätigt.“<sup>16</sup>

## II. Intransparente Kosten und unzureichende Finanzierung der Flüchtlingspolitik

Dieses „Zuständigkeitsbingo“ zwischen Bund, den Ländern und den Kommunen findet seine Entsprechung in der Intransparenz der anfallenden Kosten für und die Finanzierung der Flüchtlinge. Das Problem besteht mindestens seit dem Jahr 2015 und blieb bis heute – zum Unmut aller Betroffenen – ungeklärt. Einen Eindruck vermittelt der „Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und die Mittelverwendung durch die Länder im Jahr 2021“.<sup>17</sup>

Laut des Berichts beliefen sich die Kosten der Unterkunft und Heizung im Kontext der Fluchtmigration für das Jahr 2021 in Höhe von 1.609 Mio. Euro.<sup>18</sup> Die Bundesregierung unterscheidet dabei nicht zwischen den Kosten für Unterkunft und denjenigen für Heizung. Sie kann daher auch auf Nachfrage keine kommunalen Heizkosten für Flüchtlinge ab dem Jahr 2015 benennen.<sup>19</sup> Die Ermittlung der Heizkosten gehört jedoch aufgrund des steilen Anstiegs<sup>20</sup> nach Auffassung der Antragsteller unbedingt als einzelner Kostenfaktor berücksichtigt.

Reinhard Sager führte anlässlich des Flüchtlingsgipfels die Finanzierung der Flüchtlingskosten für die Unterbringung weiter aus. Er sprach von einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten durch den Bund von 2017 bis 2021. Der gegenwärtige Anteil der Kommunen beliefe sich hingegen auf 36,5 % bzw. 2 Milliarden Euro pro Jahr. Er wies hinsichtlich der Kosten für die Unterkunft der Flüchtlinge auf eine starke Unterstützung seiner Forderungen durch die Länder hin.<sup>21</sup>

Der Bericht weist zudem Ausgaben in Höhe von 500 Millionen Euro für flüchtlingsbezogene Zwecke für das Jahr 2021 aus. Die vormalige Integrationspauschale<sup>22</sup> wurde schon im Jahr 2020 vom Deutschen Städte- und Gemeindebund kritisiert. Die damalige Begründung ist heute aktueller denn je, denn die Integration Geflüchteter sei eine Daueraufgabe:

„Schon zuvor haben die vom Bund bereitgestellten Mittel bei weitem nicht ausgereicht, um die integrationsbedingten Kosten der Kommunen für die Anstellung von Personal zur Betreuung in kommunalen Einrichtungen, Kitas und Schulen, für die Vermittlung in Sprachkurse, Ausbildung und Arbeit sowie in dezentralen und geeigneten Wohnraum, für Erzieher, Lehrkräfte und Sozialpädagogen, sowie für Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen des Personals vor Ort zu decken. Dass Bund und Länder sich nach wie vor verweigern, sich an den

<sup>14</sup> <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Fluechtlinge-Kommunen-Gerd-Landsberg-Deutscher-Staedte-und-Gemeindebund-fordern-mehr-Geld-von-Bund-Laendern-100.html>

<sup>15</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-fluechtlingsgipfel-kommunen-faesser-100.html>

<sup>16</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-fluechtlingsgipfel-kommunen-faesser-100.html>

<sup>17</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002485.pdf>; die neuesten und nach Maßgabe der Bundesregierung vollständigen Zahlen finden sich hier: Anlage zu II A 1 - H 1322/21/10019 :006

<sup>18</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002485.pdf>, S. 4

<sup>19</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/050/2005046.pdf>, S. 65

<sup>20</sup> Vgl.: <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/entlastung-bei-heizkosten-gaspreisbremse-tritt-in-kraft,TXBcF2i>

<sup>21</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-fluechtlingsgipfel-kommunen-faesser-100.html>

<sup>22</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002485.pdf>, S.4

immensen Kosten der Kommunen für die geduldeten und rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber, die aber aus bestimmten Gründen weder ausreisen noch abgeschoben werden können, zu beteiligen, ist wenig sachgerecht.“<sup>23</sup>

Hinzu kommt, wie im Fall der kommunalen Heizkosten für Flüchtlinge, dass die Bundesregierung keine Angaben zu den von ihr selbst verursachten Kosten machen kann. Weder zu ukrainischen noch zu Personen, die seit dem Jahr 2015 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, kann die Bundesregierung durchschnittliche Pro-Kopf-Kosten angeben.<sup>24</sup>

Schließlich führt der Bericht auch 350 Millionen Euro für eine Entlastungspauschale für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für das Jahr 2021 auf.<sup>25</sup> Reinhard Sager kritisierte, dass auch diese Zahlungen ausgelaufen sind.<sup>26</sup>

Wenig überraschend wiesen einige Länder, im Rahmen ihrer Berichterstattung zum Bericht der Bundesregierung, auf die aus ihrer Sicht unzureichende Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Länder hin und erhoben zum Teil weitergehende Forderungen an den Bund. Aktuell werden die Länder und Kommunen mit guten 2,5 Mrd. Euro entlastet.<sup>27</sup>

Die Unsicherheiten bei der Angabe der Gesamtkosten und ihre Intransparenz sind auf die unterschiedlichen Abgrenzungen und Definition der Flüchtlingskosten zurückzuführen.<sup>28</sup> Zudem sind diese auf zahlreiche Etats verteilt und verstecken sich hinter Zahlenkolonnen und Zuständigkeiten.<sup>29</sup> Dieses Problem begleitet die Flüchtlingskrise seit Anbeginn. Die Bundesregierung geht beispielsweise von guten 20 Mrd. Euro jährlich für Flüchtlinge aus.<sup>30</sup> Das Institut der Deutschen Wirtschaft kommt auf einen Betrag von 50 Mrd. Euro und das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit maximal 55 Mrd. Euro. „Die Flüchtlingskosten sind ein deutsches Tabuthema“, wie die Neue Züricher Zeitung schon im Jahr 2017 befindet.<sup>31</sup> Nur durch eine Überwindung dieser Sprachlosigkeit sind die wahren Kosten der Flüchtlingskrise zu ermitteln. Erst auf dieser Grundlage, können die Kommunen entsprechend der entstandenen und entstehenden Kosten entschädigt werden.

### III. Serielles Bauen wird die Flüchtlingskrise nicht lösen, sondern verstetigen

Anstatt den Forderungen der Kommunen und Länder nachzugeben, hält die Bundesregierung an der Masseneinwanderung fest. Um die Masse der ankommenden Menschen zu beherbergen, soll die Massenproduktion von Wohnungen eingeleitet werden. Neben den Äußerungen der Bundesministerinnen Klara Geywitz und Nancy Faeser meldeten sich weitere Vertreter des Bauministeriums und des Innenministeriums in dieser Hinsicht zu Wort.

Mahmut Özdemir, der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern und für Heimat weiß „dass die Aufnahmekapazitäten der Kommunen zum Teil herausgefordert werden. [...] Gerade aus diesem Grund ist es eine gesamtstaatliche Aufgabe, der auch die Bundesregierung nachkommt [...] jede Möglichkeit auszuschöpfen und zu prüfen, auch serielles Bauen.“<sup>32</sup>

Sören Bartol, der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen verweist darauf den Wohnungsbau „durch die Ausweitung seriellen und modularen Bauens, beispielsweise durch bundesweite Typengenehmigungen“ zu beschleunigen.<sup>33</sup>

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz setzt auf das serielle Bauen, um dem Wohnungsbedarf zu decken. Auf Nachfrage bestätigt er „dass es ein zentrales Ziel ist, die Bauleistung in Deutschland kontinuierlich nach oben zu treiben, damit dann regelmäßig 400.000 Wohnungen gebaut werden.“ Dazu gehöre auch „eine Vereinheitlichung. Wenn wir seriell bauen wollen – was übrigens nicht ‚Platte‘ heißt, wie es von einigen immer behauptet wird –,

<sup>23</sup> <https://www.dstgb.de/themen/asyl-und-fluechtlinge/aktuelles/uebernahme-der-fluechtlings-und-integrationskosten-durch-den-bund/>

<sup>24</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005694.pdf>, S. 51

<sup>25</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002485.pdf>, S. 4

<sup>26</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-fluechtlingsgipfel-kommunen-faeser-100.html>

<sup>27</sup> Anlage zu II A 1 - H 1322/21/10019 :006, S. 56.

<sup>28</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/024/2002485.pdf>, S. 1f

<sup>29</sup> Vgl.: Anlage zu II A 1 - H 1322/21/10019 :006

<sup>30</sup> Anlage zu II A 1 - H 1322/21/10019 :006, S. 56.

<sup>31</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333>

<sup>32</sup> <https://dserver.bundestag.de/brp/1031.pdf> s. 40

<sup>33</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/050/2005046.pdf>, S. 123

also die Grundstruktur öfter die gleiche ist, dann bedeutet das auch, dass man mit dem einmal irgendwo in Deutschland genehmigten Haus auch vielleicht anderswo noch reüssieren kann [...]. Mein Eindruck ist, dass das auch zu erheblichen Kostenreduktionen führen wird [...].<sup>34</sup>

Ob das serielle Bauen tatsächlich zu einer Kostenreduktion führen wird, steht in den Sternen. Bedenklich stimmt, dass serielles Bauen erst dann zu einer günstigen Alternative wird, wenn die Nachfrage entsprechend hoch ist.<sup>35</sup>

Nach Ansicht der Antragsteller sollte die Bundesregierung die Rufe der Kommunen, aber auch der Länder und Verbände ernst nehmen und die AfD-Forderung nach einer Kehrtwende in der Migrationspolitik endlich vollziehen. Die Intransparenz der Kosten, die unzureichende Finanzierung der Kommunen und das „Zuständigkeitsbingo“ müssen beendet werden. Nur der Bund kann den Gordischen Knoten lösen, den er selbst geflochten hat. Vor allem Bundesbauministerin Klara Geywitz sollte sich auf die Seite der Kommunen und ihrer Bürger schlagen und sich für lebenswerte Gemeinden und nachbarschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, anstatt durch die Förderung des seriellen Bauens einen weiteren fatalen Fehlanreiz für künftige Massenmigration zu setzen. Die Frage, ob die Bundesregierung ihre wohnungspolitischen Ziele mithilfe der seriellen Fertigung überhaupt erreicht, bleibt davon komplett unberührt.

---

<sup>34</sup> <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20081.pdf>, s.24

<sup>35</sup> vgl.: <https://www.haus.de/news/serielles-bauen-mittel-gegen-wohknappheit-re-35618>



